

## Meine Zukunft – Meine Meinung

Die Studie "Zukunft? Jugend fragen!" untersuchte die Meinung junger Menschen im Alter von 14 bis 22 Jahren über Umwelt und Klima, thematisierte ihre Sorgen und ihr Engagement. Die Studie wurde im Jahr 2019 durchgeführt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Umweltbundesamt (BMU) herausgegeben. Bei der Studie wurde die Stichprobe der Befragten nach ihren Einstellungen zu Politik, Umwelt und Konsum in drei große Gruppen aufgeteilt (siehe Material M1, Studie S.11, 12).

### Aufgabe 1: Meine Meinung

- Lesen Sie die Typbeschreibungen in Material M1 und analysieren Sie deren jeweiliges Antwortverhalten.
- Wählen Sie eine der drei Positionen aus, die ihre persönlichen Überzeugungen am besten widerspiegelt.
- Positionieren Sie sich im Vier-Ecken-Spiel zu einer Gruppe im Raum, die am besten auf Sie zutrifft. Begründen Sie, warum Sie sich der jeweiligen Gruppe zugeordnet haben.
- Sprinter Aufgabe: Diskutieren Sie, inwieweit eine Typisierung wie in M1 sinnvoll ist.

### M1 - Meine Lebenswelt: Welcher Typ bin ich?

	<p><b>Die „Idealistischen“: „Nachhaltig leben und die Welt zu einem besseren Ort machen“</b></p> <p>Für Angehörige dieser Gruppe hat Umwelt und Natur eine besonders hohe Bedeutung. Überdurchschnittlich viele interessieren sich für Politik und schätzen demokratische Werte. Sie kritisieren den Vorrang von Wirtschaftswachstum und die schädlichen Auswirkungen einer konsumorientierten Lebensweise. In ihrem Alltag bemühen sie sich auf vielfältige Weise um nachhaltiges Verhalten, etwa indem sie Bio-Produkte kaufen, auf Plastik verzichten oder sich vegetarisch oder vegan ernähren. Häufiger als andere nehmen sie an Demonstrationen teil oder unterstützen Aktionen. Fast jede und jeder Dritte war schon einmal bei Fridays for Future dabei. In dieser Gruppe sind deutlich mehr Mädchen und junge Frauen. 64 Prozent gehen auf ein Gymnasium, haben Abitur oder einen Hochschulabschluss. Studierende sind mit 21 Prozent überrepräsentiert.</p>
	<p><b>Die „Pragmatischen“: „Flexibel sein und Chancen wahrnehmen“</b></p> <p>Die jungen Menschen innerhalb dieser Gruppe denken vor allem an ihre eigene Lebensgestaltung und orientieren sich dabei auf pragmatische Weise an den klassischen Maßstäben von Erfolg und Wohlstand. Neueste Technik, etwa bei Computer oder Smartphones, modische Kleidung und Reisen sind für sie wichtige Konsumgüter. Bei ihren Einstellungen zu Demokratie und Politik liegen sie weitgehend im Durchschnitt. Sie erachten Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich oft als nötig, auch wenn es die Umwelt belastet. Umwelt und Klima haben für sie einen geringeren Stellenwert als für die anderen Gruppen. Ihre Bereitschaft zu nachhaltigem Verhalten ist im Gruppenvergleich am geringsten. Bei ihnen handelt es sich um die größte der drei Gruppen. Mit 66 Prozent zählen mehr männliche als weibliche Befragte dazu. In dieser Gruppe sind einfache und mittlere Bildungsgruppen, Azubis sowie Schülerinnen und Schüler leicht überrepräsentiert.</p>
	<p><b>Die „Distanzierten“: „So gut es geht mein eigenes Ding machen“</b></p> <p>Die Angehörigen dieser Gruppe sind weniger an Politik interessiert als andere junge Menschen und ihre Distanz zu politischen und gesellschaftlichen Themen ist größer. Auch sie stimmen Demokratie, Wahlen und Europäischer Union mehrheitlich zu, allerdings im Vergleich zu den übrigen jungen Menschen etwas weniger häufig. Klimawandel und Umweltprobleme sehen sie durchaus, glauben aber nicht, dass sie viel ändern können. Beim Konsum orientieren sie sich vor allem am Preis, was weniger an ihren ökologischen Einstellungen liegt, sondern eher an ihren begrenzten finanziellen Möglichkeiten. Ihre Bereitschaft zu nachhaltigem Verhalten liegt oft zwischen den „Idealistischen“ und den „Pragmatischen“. Das Geschlechterverhältnis in dieser Gruppe ist ausgeglichen.</p>

In dieser Abbildung wird das Antwortverhalten der Vertreter der drei Gruppen noch einmal aufgeschlüsselt (Studie S.13).

Tabelle 2: So unterscheiden sich die Gruppen

	Gesamtgruppe	Idealistische	Pragmatische	Distanzierte
<b>Politik und Gesellschaft</b>				
Anteil der Befragten, die folgenden Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen ...				
Mir ist es sehr wichtig, in einer Demokratie zu leben.	87 %	95 %*	90 %	72 %*
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, in welchen Umweltverhältnissen zukünftige Generationen wahrscheinlich leben müssen.	79 %	94 %*	69 %*	76 %
Politik interessiert mich eigentlich nicht.	38 %	15 %*	42 %	63 %*
Wir brauchen in Zukunft mehr Wirtschaftswachstum, auch wenn das die Umwelt belastet.	32 %	8 %*	55 %*	28 %
<b>Alltag und Konsum</b>				
Anteil der Befragten, die es „sehr“ oder „eher“ wichtig finden ...				
möglichst preisgünstig einzukaufen.	80 %	69 %*	84 %	92 %*
viele Reisen zu unternehmen und viel zu erleben.	72 %	75 %	80 %*	54 %*
fair hergestellte und gehandelte Produkte zu kaufen.	71 %	89 %*	62 %*	61 %*
die neueste Technik (zum Beispiel bei Computer oder Smartphone) zu haben.	53 %	31 %*	87 %*	30 %*
Kleidung nach der neuesten Mode zu tragen.	41 %	21 %*	72 %*	20 %*
sich vorwiegend vegetarisch oder vegan zu ernähren.	29 %	49 %*	15 %*	20 %*

■ deutlich über dem Durchschnitt ■ deutlich unter dem Durchschnitt □ etwa im Durchschnitt

\* Die Angaben sind signifikant im 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Repräsentative Befragung von 1.007 jungen Menschen im Alter von 14 bis 22

## **Aufgabe 2:** Meine Lebensrealität und mein Konsumverhalten

Das Wuppertal Institut hat eine englischsprachige Coaching-Browseranwendung SUSLA entwickelt, die zu einer nachhaltigeren Lebensweise animieren soll.

In der Basisversion können Sie Ihren Fußabdruck kalkulieren und erhalten grundlegende Vorschläge, wie Sie Ihr Leben nachhaltiger gestalten können.

Wenn Sie sich registrieren, können Sie auf weitere Features zugreifen: Testpersonen können für sie passende Vorschläge „auswählen und einen individuellen Plan erstellen, wie lange und ab wann sie welche Tipps für einen umweltfreundlichen Alltag ausprobieren. SUSLA berechnet dann, wie viele Emissionen und Ressourcen damit eingespart werden und erinnert per E-Mail daran, die Vorsätze einzuhalten.“

(Quelle: <https://www.wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5114/> (letzter Zugriff 28.01.21))



- a) Folgen Sie dem Link und berechnen Sie Ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck.  
→ <https://www.susla.app/footprinting>
- b) Vergleichen Sie Ihren Fußabdruck mit dem Durchschnitt eines deutschen Bürgers und einem Land außerhalb Europas. Tauschen Sie sich auch mit ihrem Nachbarn aus und vergleichen Sie ihre Ergebnisse.
- c) Die App unterscheidet zwischen dem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck und dem materiellen Fußabdruck. Vergleichen Sie Ihre beiden Werte. Hinterfragen Sie kritisch, inwieweit Ihre Einstellungen aus Aufgabe 1 mit ihrer Lebensrealität und Ihrem Konsumverhalten übereinstimmen.
- d) Zum Abschluss der App-Abfrage werden Ihnen Handlungsempfehlungen gegeben, ihren Fußabdruck zu verbessern. Evaluieren Sie diese Vorschläge. Besprechen Sie mit Ihrem Partner, welche nachhaltigen Strategien Sie schon in Ihrem Alltag umsetzen.
- e) Erstellen Sie aus Ihren Erkenntnissen aus Aufgabe d) eine Liste mit Handlungsempfehlungen für nachhaltige Strategien im Alltag.
- f) Evaluieren Sie die Nützlichkeit der App, um Menschen zu nachhaltigeren Lebensweisen zu animieren.



### **Aufgabe 3: Unsere Zukunft gemeinsam gestalten**

In der Beteiligungswerkstatt „Youth Lab“, die als Ergebnis der BMU-Studie gewachsen ist, haben sich Jugendliche mit nötigen Maßnahmen für die Politik und Gesellschaft auseinandergesetzt. Die Forderungen des Jugendprojektbeirats lauten wie folgt:

1. Übergeordnete Klimaziele: „Grüne Null ist wichtiger als „Schwarze Null“
2. Mobilitätswende: Vom Autoland zur grünen Verkehrsmittelwahl
3. Landwirtschaft: Nur noch Bio subventionieren
4. Bildung: Nachhaltigkeit fest im Lehrangebot verankern
5. Politische Beteiligung: Repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene
6. Energiewende konsequent umsetzen
7. Fokus auf soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz
8. Nachhaltiges Leben in der Stadt und auf dem Land fördern
9. Digitalisierung ja, aber nachhaltig!
10. Plastikverbrauch reduzieren, Mülltrennung und Recycling voranbringen

Quelle: [https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/\(Studie, S.42/43\)](https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/(Studie, S.42/43))

**a) Arbeitsteilige Gruppenarbeit:** Fassen Sie die Forderungen des Jugendprojektbeirats kurz zusammen und ergänzen Sie die Inhalte mit ihren Kenntnissen aus dem Unterricht oder mit einer kurzen Internetrecherche.

**b)** Präsentieren Sie ihre Ergebnisse im Kurs.

**c) Umfrage:** Sie haben fünf Stimmen. Bepunkten Sie die fünf, ihrer Meinung nach wichtigsten vorgestellten Themen.

**d)** Wählen Sie einen Diskussionsschwerpunkt für eine Plenumsdiskussion oder Fishbowl aus:

**Option 1:** Diskutieren Sie die Abstimmung im Plenum. Überprüfen Sie, ob es noch andere Maßnahmen gibt, die Sie fordern bzw. ergänzen würden.

**Option 2:** Schauen Sie ihre Materialien zu dieser Unterrichtsreihe noch einmal an und sammeln Sie Argumente und Fakten, die für und gegen die Diskussionsfrage „Kohlenstoffdioxid: Klimakiller und Rohstoff?“ sprechen. Diskutieren Sie die Frage im Plenum.

(→ Hinweis: weitere Ausformulierungen dieser Forderungen für Aufgabe 3a finden sich auf den Folgeseiten;

Quelle: [https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/\(Studie, S.42-45\)](https://www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen-umwelt-klima-politik-engagement-was-junge-menschen-bewegt/(Studie, S.42-45)).

Gruppe 1



**Übergeordnete Klimaziele: „Grüne Null“ ist wichtiger als „schwarze Null“**

Der menschengemachte Klimawandel setzt Kettenreaktionen in Gang, die irreversible Schäden zur Folge haben werden. Wir fordern die konsequente Einhaltung des im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziels, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dies setzt voraus, dass Deutschland bis spätestens 2035 Klimaneutralität erreicht – das Ziel einer „grünen Null“ ist dabei für unsere wie für kommende Generationen wichtiger als das einer „schwarzen Null“.

Dafür ist an erster Stelle eine sektorenübergreifende Besteuerung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) von 180 Euro pro Tonne nötig, um eine ausreichende Lenkwirkung zu erzielen. Diese und weitere Maßnahmen müssen stetig auf ihre Sozialverträglichkeit geprüft werden. Wie auch die anderen Teile der Wirtschaft muss der Finanzsektor zur Verantwortung gezogen werden: Wir fordern, dass ein Teil des Umwelt- und Klimaschutzes aus einer Finanztransaktionssteuer finanziert wird. Auch fordern wir die Abkehr von einer rein wachstumsorientierten Wirtschaft hin zu einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft.

Gruppe 2



**Mobilitätswende: Vom Autoland zur grünen Verkehrsmittelwahl**

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrssektors hätte in den letzten Jahren kontinuierlich sinken müssen, um die Klimaziele 2020 zu erreichen. Stattdessen hat das Verkehrsaufkommen zugenommen und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehr ist insgesamt gestiegen. Daher braucht es dringend ein Umdenken!

Wir fordern den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und von Radwegen, um umweltfreundliche Mobilität in den Städten zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine Verkehrspolitik, die dafür sorgt, dass Autofahren in Städten unattraktiv wird. Zudem ist ein klares Konzept für die Schiene notwendig, damit Menschen und Waren zukünftig über längere Strecken effizient und

klimaschonend ihr Ziel erreichen. Gleichzeitig soll eine Kerosinsteuer innerdeutsche Flüge unattraktiver machen. Die Mobilitätsanforderungen der auf dem Land lebenden Menschen dürfen nicht ignoriert werden. Alternative Antriebe, gute Verkehrsnetz-Anbindung und Taktzeiten sowie Sharing-Angebote erleichtern ihnen den Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf umweltfreundlichere Mobilitätsformen.

Gruppe 3



**Landwirtschaft: Nur noch Bio subventionieren**

Der Landwirtschaftssektor trägt zur Umwelt- und Klimakrise bei und ist gleichzeitig stark davon betroffen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss Massentierhaltung abgeschafft und ein hoher gesetzlicher Standard für artgerechte und ökologische Aufzucht festgelegt werden. Wir fordern, dass nur noch die biologische Landwirtschaft subventioniert wird und Höfe gefördert werden, die auf Bio umsteigen. Der Einsatz von Pestiziden sowie die Überdüngung und Übernutzung von Böden müssen reguliert und langfristig gestoppt werden. Monokulturen sollen zu Permakulturen transformiert und die Lebensmittelverschwendung verhindert und sanktioniert werden. Die Entkopplung der Ressourcenverbräuche der Landwirtschaft vom Wirtschaftswachstum ist notwendig, um allen Menschen eine ressourcenschonende und nachhaltige Lebensmittelversorgung zuzusichern.

Gruppe 4



**Bildung: Nachhaltigkeit fest im Lehrangebot verankern**

Deutschland hat sich dazu verpflichtet, das globale Nachhaltigkeitsziel Nummer 4 „Hochwertige Bildung weltweit“ der Vereinten Nationen bis 2030 national umzusetzen. Auch erkennt die Bundesregierung den hohen Stellenwert von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele und für effektiven Umwelt- und Klimaschutz an. BNE muss auf Bundesebene noch stärker verfolgt und unterstützt werden.

Wir fordern eine breite Vermittlung von Sachwissen zu den tatsächlichen Auswirkungen des menschlichen Handelns auf Klima und Umwelt und von Handlungswissen und -kompetenzen im Umgang damit. Nachhaltigkeit soll in den Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche und für Erwachsene systematisch berücksichtigt werden und insgesamt eine größere Rolle spielen. Formate wie Projektstage und -wochen zum Thema Nachhaltigkeit sollen fester Teil des Lehrangebots werden.

Gruppe 5



**Politische Beteiligung: Repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene**

Gerade Jugendliche erkennen ihre eigene Verantwortung beim Klima- und Umweltschutz und engagieren sich besonders, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Wir fordern gesetzliche Möglichkeiten zur Beteiligung wie etwa eine repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene, deren Forderungen fortlaufend in umweltpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Um freiwilliges Engagement zu unterstützen, sollte Ehrenamt in einem bestimmten zeitlichen Umfang ein Freistellungsgrund in Schule und Arbeit sein.

Gruppe 6



**Energiewende konsequent umsetzen**

Der Bundestag hat im Juni 2011 den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und den Umstieg auf erneuerbare Energien beschlossen. Diese Energiewende hin zu Strom und Gas aus 100 Prozent erneuerbaren Quellen muss zügig vollzogen werden. Der Atomausstieg muss konsequent umgesetzt werden, da das Problem der Endlager nicht lösbar ist. Voraussetzung für die Energiewende ist, keine neue fossile Infrastruktur zu bauen. Der Kohleausstieg bis 2030 muss zudem sozial gerecht erfolgen. Dies erfordert die Weiterbildung und Umschulung von Beschäftigten der fossil-atomaren Energiewirtschaft sowie Förderprogramme für strukturschwache Regionen, in denen Kohle abgebaut wurde.

Wir fordern einen raschen Ausbau der Solar- und Windenergie und die Erforschung der Potenziale weiterer erneuerbarer Energiequellen. Der Staat soll alle Energieversorger dazu verpflichten, den Privathaushalten wie auch öffentlichen und gewerblichen Abnehmern grundsätzlich einen Ökostrom- oder Biogas-Vertrag anzubieten. Die Energiewende muss einhergehen mit einer konsequenten Reduktion des absoluten Energieverbrauchs.

Gruppe 7



**Fokus auf soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz**

Umwelt- und Klimaschutz darf sozial schwache Haushalte nicht stärker belasten. Eine soziale Grundsicherung ist unabdingbar, die unabhängig von Alter, Geschlecht, nationaler oder sozialer Herkunft und sonstigem Status gleichberechtigt allen Menschen ökologische Standards ermöglicht. Dafür fordern wir, dass nachhaltiger und bezahlbarer Wohnraum staatlich gefördert wird und Arbeitsplätze in strukturschwachen Gegenden geschaffen werden. Der öffentliche Personennahverkehr soll kostenlos und gesunde, umweltfreundlich und fair produzierte Lebensmittel sollen bezahlbar sein.

Damit der Klimaschutz sozial gerecht ist, fordern wir eine Klimadividende: Allen Bürgerinnen und Bürgern soll der gleiche Betrag aus den Erträgen der Besteuerung von Kohlendioxid zurückgezahlt werden.

Gruppe 8

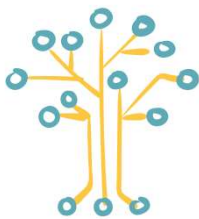


**Nachhaltiges Leben in der Stadt und auf dem Land fördern**

In Stadt und Land stehen Menschen unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber. Wir fordern, dass umweltfreundliche Mobilitätsangebote und Netzinfrastrukturen auf dem Land ausgebaut sowie lokale Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung und öffentlich zugängliche Treffpunkte für Engagement und Vernetzung gefördert werden, um die strukturellen Voraussetzungen für umweltfreundliche Lebensstile auf dem Land zu schaffen.

Vor allem in sozial schwachen Stadtbezirken fordern wir mehr Grünflächen und eine verbesserte Luftqualität. Generell sollen Parkplätze verteuert und langfristig reduziert sowie umweltfreundliche Ausflugsmöglichkeiten in die Natur gefördert werden, um die Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu steigern.

Gruppe 9



**Digitalisierung ja, aber nachhaltig!**

Die Digitalisierung ist energieintensiv und für die Hardware müssen viele Ressourcen aufgebracht werden – oft unter umweltschädlichen und menschenrechtsverletzenden Umständen. Wir fordern, dass der Staat Gesetze auf den Weg bringt, die zu einer ressourcenschonenden und sozial verantwortungsvollen Herstellung und Nutzung von Hard- und Software verpflichten. Dazu zählt das Recycling von seltenen Erden, digitale Suffizienz bei der Nutzung sowie die Deckelung der Retouren bei Online-Versanddienstleistern. Um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, müssen Hersteller über das Verbraucherschutzgesetz zu einer preiswerten Reparatur von Einzelteilen verpflichtet werden. Ergänzend ist die bewusste Reduzierung der Haltbarkeit von Produkten durch längere Garanzzeiten zu verhindern. Langfristig soll die Technologiebranche als stabile Kreislaufwirtschaft umgebaut und etabliert werden.

Gruppe 10



**Plastikverbrauch reduzieren, Mülltrennung und Recycling voranbringen**

Die ressourcenintensive Herstellung von Plastik und dessen kurzlebige Nutzung stellen ein großes Problem für Umwelt und Klima dar. Nach dem Motto „Reduce, Reuse, Recycle“ muss die Industrie mehr Müll vermeiden und klimaschonende Alternativen bei Verpackungen einsetzen. Dafür fordern wir, dass eine Kreislaufwirtschaft erprobt und anschließend ausgeweitet wird. Auch ist ein Exportstopp von Abfall dringend notwendig, damit Transportwege gespart und Lösungen vor Ort gefunden werden. Im Bereich Mülltrennung muss Aufklärungsarbeit geleistet und ein bundesweit einheitliches Recyclingsystem geschaffen werden.